

Globale Ziele ohne Wirkung oder normative Leitplanken?

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ist allumfassend und kann deshalb nur in einem effektiven Zusammenspiel zwischen einer Vielzahl politischer und gesellschaftlicher Akteure erreicht werden. Die Zivilgesellschaft muss ihre Regierungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zur Umsetzung antreiben.



Dr. Frank Biermann, geb. 1967, ist Forschungsprofessor am Copernicus Institute of Sustainable Development der Universität Utrecht, Niederlande, und arbeitet zu Globaler Nachhaltigkeitspolitik.

✉ f.biermann@uu.nl



Dr. Thomas Hickmann, geb. 1982, arbeitet am Copernicus Institute of Sustainable Development der Universität Utrecht, Niederlande, mit dem Schwerpunkt Klima- und Nachhaltigkeitspolitik.

✉ t.hickmann@uu.nl

schen, Geschlechtergerechtigkeit sowie zu besserer Verfügbarkeit von Wasser und sanitären Anlagen, erschwingliche und saubere Energie, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, widerstandsfähige Infrastrukturen, lebenswerte Städte und Kommunen und verantwortungsvolle Konsummuster und Produktionsprozesse. Mit diesem umfangreichen und ambitionierten Zielkatalog soll bis zum Jahr 2030 eine ›Transformation unserer Welt¹ hin zu einer gerechteren und friedlicheren Zukunft erreicht werden.

Die SDGs stellen also eine gewaltige Herausforderung für alle politischen und gesellschaftlichen Akteure dar. Aus offiziellen Verlautbarungen der Vereinten Nationen wird regelmäßig deutlich, dass große Erwartungen an die Agenda 2030 und die SDGs geknüpft werden, denn sie geben nicht nur Regierungen, sondern auch internationalen Organisationen einen Orientierungs- und Handlungsrahmen. Doch welche Politikveränderungen haben die SDGs eigentlich bisher auf den Weg gebracht – wenn überhaupt?

Fünf Jahre sind vergangen seitdem die internationale Gemeinschaft in der UN-Generalversammlung im September 2015 ihre neue, ehrgeizige Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) verabschiedete. Der Kern dieses Dokuments sind 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs), die in 169 Unterzielen weiter konkretisiert wurden. Diese Ziele sind denkbar breit. Sie reichen von einer besseren Bekämpfung von Armut und Hunger und einem verstärkten Kampf gegen den Klimawandel, Meeresverschmutzung und Artensterben bis hin zur Verminderung sozialer Ungleichheit, zur Verbesserung der allgemeinen Gesundheitsversorgung, erhöhten Bildungschancen für alle Men-

Der neue Ansatz der Agenda 2030

Die Agenda 2030 mit ihren 17 SDGs ist das Ergebnis komplexer zwischenstaatlicher Verhandlungen, die sich über etwa zwei Jahre erstreckten. Auch nichtstaatliche Organisationen (NGOs) wurden dabei umfassend in einer Form konsultiert, die in vielen Aspekten weiter ging als es bisher in der multilateralen zwischenstaatlichen Diplomatie üblich war.² Konzeptionell stellen die 17 SDGs mit ihren 169 Unterzielen einen relativ neuen Ansatz des globalen Regierens dar.³ Zwar gab es globale Zielsetzungen in der internationalen Politik schon

¹ UN-Dok. A/RES/70/1 v. 25.9.2015.

² Pamela Chasek et al., Getting to 2030: Negotiating the Post-2015 Sustainable Development Agenda. Review of European, Comparative & International Environmental Law, 25. Jg., 1/2016, S. 5–14. Siehe dazu auch den Beitrag von David Donoghue in diesem Heft.

³ Frank Biermann/Norichika Kanie/Rakhyun E. Kim, Global Governance by Goal-Setting: The Novel Approach of the UN Sustainable Development Goals, Current Opinion in Environmental Sustainability, Nr. 26, Juni 2017, S. 26–31.

Drei Fragen an Alexander Trepelkov

Mit Blick auf die COVID-19-Pandemie: Werden die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) bis zum Jahr 2030 erreicht?

Schon vor der COVID-19-Pandemie war die Welt nicht auf dem Weg, viele SDGs zu erreichen. Die gegenwärtige Situation wirkt sich zusätzlich negativ aus. Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger und Ungleichheit werden zunehmen. Der Klimawandel schreitet voran. Die SDGs können erreicht werden, doch dies hängt davon ab, wie gut sich die Weltgemeinschaft von der Krise erholt. Humanitäre Nothilfe Maßnahmen können zu umfassenden sozialen Schutzsystemen führen. Der Wechsel zu sauberer Energie und nachhaltigen Nahrungsmittelsystemen kann neue Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig den Druck auf die Umwelt verringern. Die Menschen können von den pandemiebedingten Erfahrungen lernen, um nachhaltiger und integrativer zu arbeiten, zu konsumieren und zu leben. Alle Länder sollten mit Hilfe des UN-Systems ihre Zusammenarbeit verstärken, um dies zu erreichen.

Sind die SDGs mit dem Wirtschaftswachstum vereinbar?

Wirtschaftswachstum ist nach wie vor unverzichtbar, um Armut und Not zu beseitigen. Die Weltwirtschaft muss entschieden nachhaltiger und integrativer werden. Wirtschaftliches Handeln dient nicht dem Eigeninteresse, sondern ist vielmehr ein Mittel zur nachhaltigen Förderung der menschlichen Handlungsfähigkeit und zur Verbesserung der Lebensqualität. Damit dieser Wandel stattfinden kann, müssen die SDGs als Ganzes betrachtet werden – sie verpflichten uns, Maßnahmen zu ergreifen, die die Synergien zwischen den Zielen und Zielvorgaben maximieren und zugleich Nachteile ausgleichen.

Was brauchen wir nach den SDGs im Jahr 2030?

Wissenschaftliche Untersuchungen deuten darauf hin, dass dieses Jahrzehnt nicht nur für die Erreichung der SDGs, sondern auch für die Weichenstellung für die Zukunft eine bedeutsame Zeit ist. Daher wird unser unmittelbares Handeln gewiss die Grundlage für die Vision dessen bilden, was wir in der Zeit nach den SDGs brauchen werden. Die Stärkung der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, die Verringerung der technologischen Kluft, die Gewährleistung einer nachhaltigen Produktion und eines nachhaltigen Verbrauchs, die Bekämpfung des Klimawandels, die vollständige Inklusivität von Institutionen auf allen Ebenen und der Aufbau von Kapazitäten in den Entwicklungsländern – all dies wird entscheidend dafür sein, dass wir im Jahr 2030 die bestmöglichen Entscheidungen für die Menschheit und den Planeten treffen können.



Alexander Trepelkov,

geb. 1955, ist Verantwortlicher Leiter der Abteilung Ziele für nachhaltige Entwicklung (DSDG) in der UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (UN DESA).
UN Photo

deutlich früher, vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit. Doch derartige, alles umfassende und weitreichende Ziele wie sie die Agenda 2030 enthält, sind ein Novum im System der Vereinten Nationen.

Die Grundidee der SDGs ist, dass mithilfe ihrer Zielsetzungen neue Politikanstöße für Regierungen und letztlich für alle politischen und gesellschaftlichen Akteure gegeben werden. Allerdings sind die SDGs völkerrechtlich nicht bindend und Regierungen müssen die Ziele und ihre Unterziele nicht formal in ihre Rechtssysteme übernehmen. Eine völkerrechtliche Verbindlichkeit wäre bei diesen umfassenden Zielvorgaben kaum erreichbar gewesen.⁴ Institutionell sind die SDGs ebenfalls eher schwach eingebettet. So gibt es, anders als etwa bei den internationalen Verhandlungen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität, keine regelmäßigen Vertragsstaatenkonferenzen, auf denen die Umsetzung der Ziele mit international abgestimmten Maßnahmen weiter vorangetrieben wird. Stattdessen ist die Aufsicht über die Umsetzung der SDGs in einem Hochrangigen Politischen Forum über Nachhaltige Entwicklung angesiedelt (High-level Political Forum on Sustainable Development – HLPF). Hier treffen sich einmal jährlich Vertreterinnen und Vertreter aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und berichten über den Fortschritt bei der Verwirklichung der Agenda 2030 in ihren Ländern.

Somit bleiben die SDGs ein relativ abstraktes Zielgerüst und die Agenda 2030 behält den Charakter einer Absichtserklärung.⁵ Sie formuliert zwar zahlreiche Kernprioritäten für die Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik, lässt den Staaten bei der Umsetzung aber viel Freiheit für nationale Gegebenheiten und Belange. Auch wenn sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf 169 recht konkrete Unterziele verständigt haben, die die Umsetzung der 17 SDGs leiten sollen, bleiben viele dieser Unterziele auf einer abstrakten Ebene. Die Regierungen können das Maß ihrer eigenen Ambitionen bei der Zielumsetzung letztlich selbst bestimmen. Und selbst wo quantitative und klar definierte Indikatoren entwickelt wurden, behalten die Regierungen die Möglichkeit, die Ziele im eigenen Interesse zu interpretieren und sich auf die Unverbindlichkeit der Agenda 2030 zu berufen.

Historisch bauen die 17 SDGs auf den acht Millenniums-Entwicklungszielen aus dem Jahr 2000 auf (Millennium Development Goals – MDGs), die bis zum Jahr 2015 Bestand hatten.⁶ Auch die MDGs hatten schon globale Kernprioritäten festgelegt, um die globale Armut in Entwicklungs- und Schwellenländern zu bekämpfen und sieben weitere Entwicklungsziele zu erreichen. Diese Ziele wurden großenteils mit nur leichten Anpassungen wie-

der in den nun viel umfangreicheren Zielkatalog der Agenda 2030 aufgenommen.⁷

Doch es gibt auch deutliche Unterschiede zwischen den MDGs und den SDGs. Während die acht MDGs im Wesentlichen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vereinten Nationen ausgearbeitet wurden, sind die 17 SDGs das Ergebnis eines breit angelegten internationalen Verhandlungsprozesses, der mehr als 70 Regierungen und zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter von NGOs einschloss. Zudem sieht die Agenda 2030 vor, dass sich alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen – auch die des Globalen Nordens – an einer inklusiven Berichterstattung beteiligen, um die Umsetzung der SDGs regelmäßig zu überprüfen. Die Grundlage hierfür bilden die vom Sekretariat der Vereinten Nationen erstellten Jahresberichte und die von den nationalen Regierungen eingereichten freiwilligen Staatenberichte (Voluntary National Reviews – VNRs).⁸

Ein weiterer Unterschied zwischen der Millenniumsdeklaration und der Agenda 2030 ist der neue Fokus auf Nachhaltigkeit. In der Agenda 2030 sind nun neben ökonomischen und sozialen Zielen auch ökologische Ziele viel stärker verankert. Mit Hilfe der 17 SDGs soll somit wirtschaftlicher Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit in Einklang gebracht und mit einem verminderten Ressourcenverbrauch zum Schutz der Ökosysteme der Erde erreicht werden. Hierbei ist eine integrative Vision leitend: Nur mit politischen Maßnahmen sowohl gegen soziale Ungleichheit und Armut als auch Umweltzerstörung ist nachhaltige Entwicklung möglich.

Dieses Konzept der nachhaltigen Entwicklung hat bekanntlich eine lange Tradition. Als sein politischer Durchbruch gilt die Veröffentlichung des ›Brundtland-Berichts‹ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (World Commission on Environment and Development – WCED) im Jahr 1987.⁹ In den folgenden Jahren wurde nachhaltige Entwicklung zum Hauptmotiv globaler Umwelt- und Entwicklungspolitik und es wurde vielfach in internationalen Konferen-

zen und Übereinkommen versucht, nachhaltige Entwicklung weltweit zu fördern. Mit der Agenda 2030 und den 17 SDGs soll nun eine neue Ebene globaler Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik etabliert werden, die Politikfelder wie zum Beispiel Bildung, Gesundheit und Umweltschutz verknüpft und Synergieeffekte zwischen diesen Feldern erzeugt.¹⁰ Die 17 SDGs sollen auf diese Weise eine kohärentere Politik für nachhaltige Entwicklung weltweit begünstigen. Aber was wurde bislang erreicht?

Bestandsaufnahme der Umsetzung

Fünf Jahre nach Verabschiedung der Agenda 2030 und der 17 SDGs kann eine erste Zwischenbilanz gezogen werden und viele Institutionen haben umfassende Berichte hierzu vorgelegt. Die meisten davon ziehen eine gemischte Zwischenbilanz und blicken kritisch auf die Anstrengungen der Staatengemeinschaft zur Verwirklichung der Agenda 2030.

Nachhaltige Entwicklung ist nur mit politischen Maßnahmen gegen soziale Ungleichheit, Armut und Umweltzerstörung möglich.

So nennt der Jahresbericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vom Juli 2020 zwar schon einige Erfolge. Zum Beispiel konnten in den vergangenen Jahren die Mütter- und Kindersterblichkeit reduziert, der Zugang zu Elektrizität für mehr Menschen ermöglicht und der Anteil von Frauen in Führungspositionen leicht erhöht werden. Auf der anderen Seite bemängelt der Bericht, dass zum ersten Mal seit dem Jahr 1989 wieder eine wachsende Zahl von Menschen in absoluter Armut lebt und es an Fortschritten im Kampf gegen Hunger, Klimawandel und soziale Ungleichheit mangelt.¹¹ Obwohl dieser Bericht nur die ersten Monate der

⁴ Macharia Kamau/Pamela Chasek/David O'Connor, Transforming Multilateral Diplomacy: The Inside Story of the Sustainable Development Goals, New York 2018.

⁵ Marjanneke Vijge et al., Governance Through Global Goals, in: Frank Biermann/Rakhyun E. Kim (Eds.), Architectures of Earth System Governance: Institutional Complexity and Structural Transformation, Cambridge, UK, 2020, S. 254–274.

⁶ UN-Dok. A/RES/55/2 v. 18.9.2000.

⁷ UN Doc. A/56/326 v. 6.9.2001.

⁸ Marianne Beisheim, Vom Schönwetterbericht zum Transformations-Rapport, WeltTrends, 28. Jg., 165/2020, S. 32–37.

⁹ World Commission on Environment and Development (WCED), Our Common Future, Oxford 1987.

¹⁰ Måns Nilsson/Dave Griggs/Martin Visbeck, Policy: Map the Interactions Between Sustainable Development Goals, Nature, Vol. 534, 7607/2016, S. 320–322.

¹¹ United Nations, The Sustainable Development Goals Report 2020, New York 2020.



UN-Generalsekretär António Guterres (r.) beruft – virtuell – den ersten ›Moment der Aktionsdekade für die SDGs‹ ein. Der ›SDG-Moment‹ dient dazu, Bilanz zu ziehen und zu prüfen, wo die Weltgemeinschaft bei der Erreichung der SDGs und in Reaktion auf die COVID-19-Pandemie steht, und die nötigen Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 festzulegen. UN PHOTO: ESKINDER DEBEBE

COVID-19-Pandemie abdeckt, folgert er bereits, dass die Krisensituation die ärmsten und schwächsten Bevölkerungsgruppen in vielen Staaten am stärksten trifft und soziale Ungleichheiten weiter verschärfen wird, wenn keine umfassenden Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Der Globale Bericht über nachhaltige Entwicklung (Global Sustainable Development Report – GSDR) ergänzt den Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Als Meta-Untersuchung (assessment of assessments) erscheint er alle vier Jahre vor den Gipfeltreffen der Vertreterinnen und Vertreter der UN-Mitgliedstaaten.¹² Er wird von wissenschaftlichen Expertinnen und Experten ver-

Alle Staaten liegen bei der Verwirklichung der SDGs im Rückstand und haben Nachholbedarf.

fasst, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen auswählt. Vor allem die Wechselwirkungen zwischen den SDGs sollen dabei ermittelt werden. Der letzte Bericht aus dem Jahr 2019 warnt davor, dass die internationale Gemeinschaft Gefahr läuft,

ihre erzielten Fortschritte bei der Umsetzung der SDGs vor allem durch die wachsende soziale Ungleichheit und die Übernutzung natürlicher Ressourcen zunichte zu machen. Vor diesem Hintergrund ruft der Bericht alle Regierungen, Kommunen, privaten Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und alle Bürgerinnen und Bürger zu stärkerem Engagement auf, um nach den Grundsätzen der sozialen Inklusion und Nachhaltigkeit zu handeln und für diese einzutreten.

Neben diesen offiziellen Berichten der Vereinten Nationen zur Agenda 2030 existieren verschiedene Indizes, die anhand detaillierter Kriterienkataloge den Fortschritt bei der Umsetzung der Agenda 2030 in einzelnen Staaten messen und miteinander vergleichen. Ein prominenter Index ist der von der Bertelsmann-Stiftung und dem Netzwerk ›Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung‹ (Sustainable Development Solutions Network – SDSN) gemeinsam veröffentlichte SDG-Index (Sustainable Development Goals Index).¹³ Er erstellt eine Rangliste der SDG-Umsetzung aller Staaten, von denen Daten vorliegen. Doch noch kein Staat der Welt erzielt in diesem Index die volle Punktzahl. Dies zeigt, dass alle Staaten bei der Verwirklichung der SDGs im Rückstand liegen und Nachholbedarf haben. Eine große Lücke klafft zudem zwischen den Ländern auf den vorderen und hinteren Platzierungen. Auffallend ist dabei, dass nur europäische Staaten auf den 15 ersten Plätzen gelistet werden. Dies führte zu der Kritik, dass die ungleichen Ausgangsbedingungen der Länder nicht in solche Messungen einfließen, die Messkriterien teilweise willkürlich gewählt seien und dies zu verzerrten Ergebnissen führe.¹⁴ Ebenso wird die fehlende Unterstützung der ärmsten Länder bei der Umsetzung der SDGs bemängelt sowie die Vernachlässigung der strukturellen Gründe für die existierenden Wohlstandsunterschiede sowohl zwischen als auch innerhalb von Staaten.

Einige der Studien und Stellungnahmen von NGOs sind noch deutlich kritischer. Als sich die Staatsoberhäupter und Regierungen der UN-Mitgliedstaaten Mitte des Jahres 2019 am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York zur Erörterung der SDGs trafen, rief eine Gruppe von NGOs wegen der langsamen Umsetzung der SDGs den weltweiten Notstand aus. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die Organisationen alle Regierungen dazu auf, die SDGs endlich ernst zu

¹² United Nations, Global Sustainable Development Report (2019): The Future is Now – Science for Achieving Sustainable Development, New York 2019.

¹³ Bertelsmann Stiftung/Sustainable Development Solutions Network (SDSN), Sustainable Development Report 2020, www.sdgindex.org/

¹⁴ Roberto Bissio, Warum sich Wohlstand und Nachhaltigkeit nicht mit einer Zahl messen lassen, Global Policy Watch, Global Policy Forum (GPF), 16.7.2019, www.globalpolicywatch.org/blog/2019/07/16/warum-sich-wohlstand-und-nachhaltigkeit-nicht-mit-einer-zahl-messen-lassen/

nehmen und konkrete Maßnahmen zu ergreifen.¹⁵ Außerdem kritisieren NGOs den offiziellen Berichtsprozess zu den SDGs. Die nationalen Berichte verwiesen, so argumentieren sie, zum Großteil lediglich auf Erfolge, während eine breitere konstruktive Reflexion ausbliebe, da sich Regierungen auf diplomatischem Parkett nur selten in die Parade führen und NGOs kaum Möglichkeiten hätten, um die Berichte kritisch zu kommentieren.¹⁶

Zusammenspiel ist entscheidend

Während also kleinere Fortschritte bei einigen SDGs zu verzeichnen sind, ist der Weg noch lang und der Umsetzungsprozess bislang zu langsam. Im kommenden Jahrzehnt sind deshalb enorme Anstrengungen nötig, um die Agenda 2030 zu verwirklichen. Zurzeit bleibt die Agenda hinter ihrem Anspruch zurück, eine weltweite Transformation auf den Weg zu bringen und dabei ›niemanden zurückzulassen‹ (leaving no one behind), wie es dort formuliert wurde. Die verwundbarsten gesellschaftlichen Gruppen leiden weiterhin am stärksten unter sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit und fortschreitender Umweltzerstörung. Die bisherigen politischen Maßnahmen reichen sicher nicht, um die SDGs bis zum Jahr 2030 weltweit zu realisieren.

Dies wird durchaus auch bei den Vereinten Nationen selbst so gesehen. Im September 2019 rief UN-Generalsekretär António Guterres deshalb eine weltweite ›Aktionsdekade‹ (Decade of Action) für die Jahre 2020 bis 2030 aus, um das Tempo der Umsetzung der SDGs zu erhöhen.¹⁷ In seiner Rede nahm er zuvorderst die nationalen Regierungen in die Pflicht und forderte von ihnen mehr finanzielle Aufwendungen für nachhaltige Entwicklung. Zudem betonte er die Bedeutung lokaler Politik, denn hier würden konkrete Projekte für nachhaltige Entwicklung umgesetzt. Und es seien alle gesellschaftlichen Bereiche gefragt, um die notwendige Transformation voranzutreiben.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs ist vor allem auch ein besseres Zusammenspiel aller politischen Ebenen zentral. Auf globaler Ebene müssen die Zusammenhänge zwischen einzelnen SDGs besser beachtet und Potenziale für Synergien

gefunden werden. Aber es müssen auch Konflikte zwischen den Zielen angegangen werden. Im nationalen Rahmen müssen dringend bessere Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsstrategien und entsprechende Politikprogramme entwickelt und umgesetzt werden, wobei öffentliche Auftraggeber, Unternehmen und Interessengruppen zusammengebracht und Anreize für nachhaltige Entwicklung gesetzt werden.¹⁸ Es reicht nicht, dass Regierungen einzelne Initiativen in Gang setzen – vielmehr sind Initiativen aller politischen und gesellschaftlichen Akteure in einem politischen Mehrebenensystem erforderlich. Nur so kann die Vision der Agenda 2030 zu realer Politik werden.

Für eine größere Verbindlichkeit

Ob die SDGs als stabile normative Leitplanken fungieren oder wirkungslos bleiben, wird neben den genannten Faktoren im Endeffekt auch entscheidend von der Zivilgesellschaft abhängen. Die rechtliche Unverbindlichkeit der Agenda 2030 birgt die Gefahr, dass Regierungen sich letztlich nicht an die 17 SDGs und ihre 169 Unterziele gebunden fühlen. Die Zivilgesellschaft könnte die SDGs verbindlich wirken lassen, wenn es ihr gelänge, ihre

Die bisherigen politischen Maßnahmen reichen sicher nicht, um die SDGs bis zum Jahr 2030 weltweit zu realisieren.

Regierungen auf nationaler und kommunaler Ebene für die Umsetzung der 17 SDGs stärker zur Verantwortung zu ziehen. Die Agenda 2030 und die SDGs geben der Zivilgesellschaft neue Mittel an die Hand, um fundamentale Rechte für Mensch und Natur einzufordern.

Dabei kann der umfangreiche und ambitionierte Zielkatalog der SDGs natürlich keine nationale Gesetzgebung ersetzen. Die SDGs müssen vielmehr kontextualisiert und heruntergebrochen, also an ihre nationalen und lokalen Gegebenheiten ange-

¹⁵ Action for Sustainable Development, Why We Stand Together Now, standtogethernow.net/stand-together-now/

¹⁶ Marianne Beisheim, UN-Gipfel – Jetzt mal Taten statt Worte? Staats- und Regierungschefs treffen sich zum SDG-Gipfel in New York, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Aktuell Nr. 49, Berlin 2019.

¹⁷ António Guterres, Remarks to High-level Political Forum on Sustainable Development, 24.9.2019, www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2019-09-24/remarks-high-level-political-sustainable-development-forum

¹⁸ Kerstin Krellenberg et al., Einmal Transformation für alle, bitte! Kommunen, Stadtforschung, Forschungsförderung und die Umsetzung der SDGs, GAIA-Ecological Perspectives for Science and Society, 28. Jg., 4/2019, S. 337–341.

passt werden. Für die Umsetzung gibt es kein allgemeingültiges Modell oder eine Universalmethode.¹⁹ Die Agenda 2030 und die SDGs sollten daher nicht mit zu großen Erwartungen überfrachtet werden und bedürfen weiterer Ausgestaltung durch alle politischen und gesellschaftlichen Akteure. Diese Ausgestaltung findet in Form politischer Aushandlungsprozesse statt, in denen zivilgesellschaft-

weise die offiziellen Treffen des HLPF im Juli dieses Jahres virtuell statt, wie auch alle geplanten Nebenveranstaltungen von NGOs. Keine Frage, diese neue ›Online-Diplomatie‹ unter Corona-Bedingungen erschwert den politischen Dialog zwischen Regierungen und der Zivilgesellschaft und macht informelle Gespräche mit Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern abseits des offiziellen Geschehens unmöglich.²⁰

Wären die SDGs bereits umgesetzt, hätte die gegenwärtige Gesundheitskrise viele Staaten nicht so stark getroffen.

liche Akteure eine treibende Kraft sein können. Die Agenda 2030 bietet somit wichtige Bausteine, um bessere Strategien für eine nachhaltigere Entwicklung zu entwerfen und diese zu stärken.

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie hat leider die Beteiligungs- und Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure stark vermindert. Ein Großteil der Konsultationen mit Regierungen ist in virtuelle Plattformen verlagert und die meisten Protestaktionen in die Kanäle verschiedener sozialer Medien verschoben worden. So fanden beispiels-

Ausblick: die SDGs und die Corona-Krise

Durch die COVID-19-Pandemie ist die Agenda 2030 in den Hintergrund öffentlicher Aufmerksamkeit und medialer Berichterstattung geraten. Dennoch ist offensichtlich: Wären die SDGs bereits umgesetzt, hätte die Gesundheitskrise viele Staaten nicht so stark getroffen. Und auch andere Auswirkungen der Krise hätten durch die Verwirklichung der SDGs abgemildert werden können. Die SDGs könnten daher als ideales Rezept gesehen werden, um die aktuelle Krise zu bewältigen und künftige zu verhindern. In den Worten von António Guterres: »Wir müssen den Wiederaufbau in eine echte Chance verwandeln, um die Dinge für die Zukunft richtig zu machen.«²¹

Leider bietet die derzeitige Lage des Multilateralismus wenig Grund für Zuversicht. Allen Aufrufen des UN-Generalsekretärs und der Präsidentin des Wirtschafts- und Sozialrats (Economic and Social Council – ECOSOC) der Vereinten Nationen, Mona Juul, zum Trotz konnten sich die nationalen Regierungen in New York im Juli dieses Jahres nicht einmal auf einen Minimalkompromiss einigen. Die geplante Verabschiedung eines Abschlussdokuments der Konferenz blieb aus. Ebenso wenig erzielten die Vertreterinnen und Vertreter der Staaten eine Einigung über die angestrebte Reform und Stärkung des HLPF. Somit sind Format und Thema des nächsten geplanten Treffens im Juli 2021 bis heute unklar. Dies lenkt die derzeitigen Hoffnungen umso mehr auf die Zivilgesellschaft und ihre Instrumente, um den Druck auf die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger weiter zu erhöhen.

English Abstract

Dr. Frank Biermann · Dr. Thomas Hickmann

Global Goals Without Effect or Normative Guardrails? pp. 195–200

The 2030 Agenda for Sustainable Development, including the 17 Sustainable Development Goals (SDGs) and 169 targets, builds upon a novel approach to global governance and towards sustainable development. Five years after the adoption of the 2030 Agenda, however, only limited progress has been made to achieve the goals and targets. The COVID-19 pandemic further hampers the implementation of sustainable development strategies, while the SDGs could be used as a recipe to cope with the current crisis. Civil societies worldwide play a key role in holding governments accountable for the commitments they made in the 2030 Agenda.

Keywords: António Guterres, Entwicklungsziele /MDGs/SDGs, Generalsekretär, Multilateralismus, Pandemie, Zivilgesellschaft, Sustainable Development Goals (SDGs), Secretary-General, multilateralism, pandemic, civil society

¹⁹ David Donoghue/Amina Khan, *Achieving the SDGs and ›Leaving No One Behind‹: Maximising Synergies and Mitigating Trade-offs*, London 2019.

²⁰ Jens Martens, *Globale Nachhaltigkeitsdiplomatie im Schatten von Corona*, GPF, August 2020, www.globalpolicy.org/images/pdfs/Briefing_0820_HLPF-2.pdf

²¹ United Nations, *The Sustainable Development Goals: Our Framework for COVID-19 Recovery*, 2020, www.un.org/sustainabledevelopment/sdgs-framework-for-covid-19-recovery/